

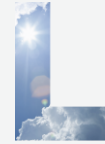


**MINISTERIUM  
FÜR EIN  
LEBENSWERTES  
ÖSTERREICH**

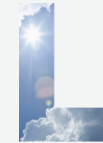
bmlfuw.gv.at

## **DIE UMSETZUNG DER REVIDIERTEN UVP- RICHTLINIE 2014/52/EU**

**SUSANNA EBERHARTINGER-TAFILL  
BMLFUW, ABT. I/1**



**MINISTERIUM  
FÜR EIN  
LEBENSWERTES  
ÖSTERREICH**



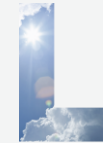
## GRÜNDE FÜR DIE REVISION DER UVP-RICHTLINIE 2011/92/EU

- Berücksichtigung umweltpolitischer Herausforderungen (Prüfbereiche)
- Vereinheitlichung des Screening- Verfahrens
- Einführung bzw. Verstärkung der Qualitätsaspekte der RL
- Streamlining von Umweltprüfungen nach verschiedenen RL
- EuGH Judikatur

## UMSETZUNG IM UVP-G 2000

- Zahlreiche Änderungen sind bereits durch das geltende UVP-G 2000 abgedeckt
- Handlungsbedarf in Teilbereichen

	Keine Änderungen
	Punktuelle Änderungen
	Neuerungen

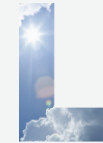


## ONE-STOP-SHOP, PRÜFBEREICHE

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>One-stop-shop (Art. 2)</b> koordinierte oder gemeinsames Verfahren: <ul style="list-style-type: none"><li>• obligatorisch bei Verträglichkeitsprüfung gemäß FFH-RL oder der VogelschutzRL</li><li>• fakultativ bei Umweltprüfungen gemäß WasserrahmenRL, IndustrieemissionsRL, Seveso-RL, SUP-RL, AbfallrahmenRL</li></ul>	✓	Konzentriertes bzw. teilkonzentriertes Genehmigungsverfahren (FFH- und VogelschutzRL über Naturschutzgesetze mitkonzentriert)
<b>Neue bzw. erweiterte Prüfbereiche (Art. 3)</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Bevölkerung und menschliche Gesundheit</li><li>• Biologische Vielfalt</li><li>• Klima</li><li>• Fläche</li><li>• Projektrelevante Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit des Projekts für schwere Unfälle und/oder Katastrophen</li></ul>	✓ × ✓ × ×	Teilweise Aktualisierung der in § 1 angeführten Schutzgüter Bezugnahme in § 6 (UVE)

# FESTSTELLUNGSVERFAHREN (EINZELFALLPRÜFUNG)

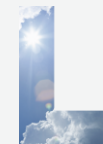
## ART. 4



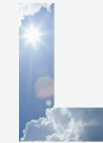
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p><b>Auswahlkriterien in Anhang III</b>            Neue bzw. verstärkte Aspekte betreffend:            Merkmale des Projekts:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kumulierung mit anderen <u>bestehenden oder genehmigten</u> Vorhaben</li> <li>• <u>Risiken schwerer Unfälle oder von Katastrophen, die für das betroffene Projekt relevant sind, einschließlich solcher, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind</u></li> </ul> <p>Standort des Projekts:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bestehende <u>und genehmigte</u> Landnutzung</li> <li>• Gebiete, in denen die für das Projekt relevanten und in der Unionsgesetzgebung festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits nicht eingehalten wurden <u>oder bei denen von einer solchen Nichteinhaltung ausgegangen wird</u></li> </ul> <p>Merkmale der Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Kumulierung der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder genehmigter Vorhaben</u></li> </ul>	<p>✓ x  ✓ ✓  ✓</p>	<p>Teilweise Adaptierung des § 3</p>

# FESTSTELLUNGSVERFAHREN (EINZELFALLPRÜFUNG)

## ART. 4

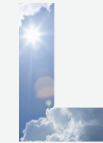


UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>Unterlagen für die Einzelfallprüfung (Anhang II.A)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Beschreibung des Vorhabens</li> <li>Beschreibung der Schutzgüter, die von dem Projekt möglicherweise erheblich beeinträchtigt werden</li> <li>Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt</li> </ul>	×	Derzeitiger § 3 Abs. 7: Vorlage von Unterlagen, die zur Identifikation des Vorhabens und zur Abschätzung der Umweltauswirkungen ausreichen Einführung eines neuen Absatzes in § 3
<b>Feststellungsentscheidung</b>		
Begründung (Verweis auf angewandte Auswahlkriterien)	✓	Ausreichende Begründung im Feststellungsbescheid bereits garantiert
Bei negativen FSB: allfällige projektintegrierte Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen näher ausführen	×	Adaptierung der §§ 3 Abs. 7 bzw. 24 Abs. 5
Frist: max. 90 Tage ab Vollständigkeit der Unterlagen (für Ausnahmefälle Verlängerung möglich)	✓	Frist in Österreich beträgt 6 Wochen gemäß § 3 Abs. 7



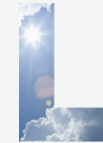
## INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>Inhalte der UVE</b>		
<i>Beschreibung des Vorhabens</i> Neu: Erforderliche Abrissarbeiten Energiebedarf, Verbrauch natürlicher Ressourcen	×	Bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)
<i>Alternative Lösungsmöglichkeiten</i> Neu: Beschreibung der vom PW untersuchten <u>vernünftigen Alternativen (z. B. in Bezug auf Projektdesign, Technologie, Standort, Größe und Umfang)</u> und Angabe der wesentlichen Auswahlgründe im Hinblick auf die ausgewählte Variante <u>einschließlich eines Vergleichs der Umweltauswirkungen</u>	×	Legistische Adaptierung des § 6 (UVE)



## INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

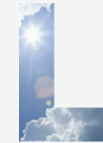
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<i>Beschreibung des Basisszenarios</i> (Nullvariante)	✓	Siehe § 6
<i>Beschreibung des Istzustands</i> Neu: Bezugnahme auf <u>biologische Vielfalt</u> , <u>Flächen</u> (z. B. Flächenverbrauch), Boden ( <u>z.B.</u> <u>organische Substanz</u> , <u>Bodenerosion</u> , <u>Bodenverdichtung</u> , <u>Bodenversiegelung</u> ), Wasser ( <u>z.</u> <u>B. hydromorphologische Veränderungen</u> , <u>Quantität</u> <u>und Qualität</u> ), Klima ( <u>z. B. Treibhausgas-</u> <u>emissionen</u> , <u>anpassungsrelevante Auswirkungen</u> )	✗	Großteils bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)



## INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

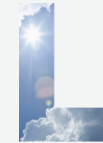
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p><i>Beschreibung der Auswirkungen</i> Neu bzw. verstärkt: ... infolge</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• der Nutzung der natürlichen Ressourcen, <u>insbesondere Flächen, Boden, Wasser und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist</u></li><li>• <u>Kumulierung der Auswirkungen mit anderen bestehenden und/oder genehmigten Projekten</u></li><li>• <u>der Auswirkung des Projekts auf das Klima (z. B. Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit des Projekts in Bezug auf den Klimawandel</u></li><li>• <u>Beschreibung der zu erwartenden erheblichen nachteiligen Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt, die durch die Anfälligkeit des Projekts für Risiken schwerer Unfälle und/oder Katastrophen bedingt sind, die für das betroffene Projekt von Bedeutung sind</u></li></ul>	<p>✓</p> <p>✓</p> <p>×</p> <p>×</p>	<p>Großteils bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)</p> <p>derzeit: Klima-und Energie- konzept mit Schwerpunkt THG- Emissionen</p> <p>derzeit: Darstellung zu Störfällen</p>





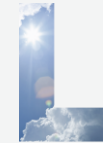
## INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<i>Beschreibung der Maßnahmen</i> Neu: <ul style="list-style-type: none"><li>• Ggf. der geplanten Überwachungsmechanismen</li><li>• Schwere Unfälle/Katastrophen: Soweit angemessen Bereitschafts- und vorgesehene Bekämpfungsmaßnahmen für derartige Krisenfälle</li></ul>	×	Teilweise bereits gängige Praxis Legistische Adaptierung des § 6 (UVE)
Referenzliste der Quellen	×	Großteils bereits gängige Praxis Adaptierung des § 6 (UVE)
Berücksichtigung anderer einschlägiger Prüfungen bei der Erstellung der UVE	✓	z.B. Verweis auf SUP in § 6 sowie Behandlung im konzentrierten Genehmigungsverfahren (z.B. IPPC)



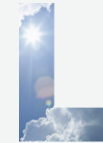
## QUALITÄTSKONTROLLE (ART. 5 ABS. 2 UND 3)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>Qualitätskontrolle (Art. 5 Abs. 2 und 3)</b>		
<i>Projektwerber:</i> UVE-Erstellung von kompetenten Fachleuten	✓	Ergänzung in § 6 Abs. 2 aber grundsätzlich gängige Praxis in Österreich
<i>Behörde:</i> Ausreichende Fachkenntnis zur Prüfung der UVE	✓	Siehe §§ 12 und 12a bzw. 24c und 24d (Umweltverträglichkeitsgutachten und zusammenfassende Bewertung) sowie § 3b (Bestellung nicht amtlicher Sachverständiger)
Anforderung ergänzender Unterlagen wenn notwendig		siehe § 5



## ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG (ART. 6 UND 7)

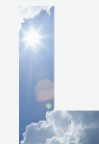
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>Öffentlichkeitsbeteiligung (Art. 6)</b>		
<ul style="list-style-type: none"><li>• Verpflichtende elektronische Kundmachung des Vorhabens</li><li>• Elektronische Zugänglichkeit der einschlägigen Informationen (zentrales Portal oder einfach zugängliche Zugangspunkte)</li></ul>	×	Adaptierung des § 9  Öffentliche Auflage in § 9 geregelt sowie nach AVG
Öffentliche Auflage der UVE mind. 30 Tage	✓	Siehe § 9, öffentliche Auflage mind. sechs Wochen
<b>Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen (Art. 7)</b>		
Geringfügige Adaptierungen bei zwischenstaatlichen Konsultationen	✓	Siehe § 10



## GENEHMIGUNGSENTSCHEIDUNG (ART. 8 UND 8A)

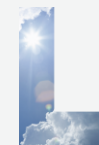
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<b>Berücksichtigung der UVP</b>		
<i>Inhalt der Genehmigungsentscheidung</i> <ul style="list-style-type: none"><li>• Begründete Schlussfolgerung der Behörde</li><li>• Allfällige Umweltauflagen, Beschreibung der Maßnahmen gegen erhebliche Umweltauswirkungen</li><li>• Sicherstellung der Umsetzung dieser Maßnahmen durch PW</li></ul>	✓	Siehe §§ 17 bzw. 24
<ul style="list-style-type: none"><li>• Verpflichtung zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen</li><li>• Angemessene Wahl der Parameter und Dauer</li></ul>	×	Ergänzung in §§ 17 Abs. 4 und 24 Abs. 3 bzgl. der Angabe von Überwachungsmaßnahmen im Bescheid
Sicherstellung von Genehmigungsentscheidungen „innerhalb eines angemessenen Zeitraums“	✓	Verfahrensfristen in § 7 mit 9 Monaten bzw. 12 Monaten (3. Abschnitt)
Sicherstellung der Aktualität der UVP	✓	Konzentriertes Genehmigungsverfahren mit aktueller Sach- und Rechtslage

# SONSTIGES

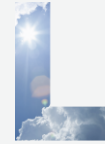


UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p><b>Veröffentlichung der Entscheidung (Art. 9)</b> Geringfügige Adaptierungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unverzögliche Bekanntgabe der Entscheidung</li> <li>• Inhalt und Hauptgründe</li> <li>• Angaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung</li> </ul>	✓	Siehe § 17 Abs. 7 und 8 bzw. § 24f
<p><b>Objektivität der Behörde (Art. 9a)</b> Organisatorische Trennung und Unabhängigkeit der UVP-Behörde</p>	✓	
<p><b>Sanktionen (Art. 10a)</b></p>	✓	Siehe § 45 (Strafbestimmungen)

# SONSTIGES



UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p><b>Berichtspflichten (Art. 12)</b> Sofern verfügbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl der UVPs</li> <li>• Aufschlüsselung nach Projektkategorien</li> <li>• Anzahl der Feststellungsverfahren</li> <li>• Durchschnittliche Dauer</li> <li>• Abschätzungen zu Kosten</li> </ul>	✓	Daten sind großteils in der UVP-Dokumentation gemäß § 43 verfügbar und können übermittelt werden
<p><b>Umsetzung bis 16.5.2017</b></p>	x	
<p><b>Übergangsbestimmungen</b> Anwendung der RL 2011/92/EU für Vorhaben mit Einleitung des Feststellungsverfahrens sowie Vorlage der UVE oder Einleitung eines Vorverfahrens vor dem 16.5.2017</p>	x	Ergänzung der Übergangsbestimmungen in § 46



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

DI Susanna Eberhartinger-Tafill

BMLFUW, Abt. I/1

E-Mail: [susanna.eberhartinger-tafill@bmlfuw.gv.at](mailto:susanna.eberhartinger-tafill@bmlfuw.gv.at)

Tel: 01 711 00 612114